

3240/J XXI.GP

Eingelangt am: 13.12.2001

ANFRAGE

Der Abgeordneten DDr. Erwin Niederwieser und Genossinnen
an die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie
betreffend "Fusionspläne Alpenstraßengesellschaft"

In einem APA-Gespräch vom 13. Dezember 2001 präsentierten Sie als Verkehrsministerin das Vorhaben einer integrierten Straßenbau- und -finanzierungsgesellschaft in Österreich, wobei Asfinag und ÖSAG im ersten Halbjahr 2002 zusammengeführt werden sollen, die Einbindung der Alpenstraßengesellschaft (ASG) erst mittelfristig vorgesehen ist.

Bereits Ende Oktober 2001 wurde erstmals bekannt, dass die ÖVP (Aussendung Verkehrssprecher Kukacka) plane, die ASG mit Asfinag und ÖSAG in eine "Autobahn- und Schnellstraßenausbaugesellschaft" zusammenzulegen. In Tirol sind diese Pläne von Anfang an auf breiten Widerstand gestoßen. Sowohl SPÖ (Guggenberger, Niederwieser, Wurm) wie auch ÖVP (LH Weingartner) haben sich dezidiert gegen eine solche Fusion ausgesprochen, da in einer neuzuschaffenden, fusionierten Straßengesellschaft das Land Tirol nicht mehr über die Sperrminorität verfügt und somit seinen Einfluss verliert.

In der ASG - die ihren Sitz in Innsbruck hat und aus der Zusammenlegung von Brennerautobahn AG und Arlbergstraßen AG entstanden ist - hält Tirol einen 25,67-prozentigen Anteil am Grundkapital von 600 Mio. S. Darüber hinaus stellt Tirol im Aufsichtsrat derzeit sechs von insgesamt 12 Mitgliedern. Entscheidungen gegen erklärte Tiroler Interessen können daher bei den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen nicht zustande kommen.

Tirol als das am meisten mit dem Transitverkehr belastete Bundesland kann es sich nicht leisten, dass durch die Fusion der Straßengesellschaften die Möglichkeiten der verkehrspolitischen Mitgestaltung eingeschränkt werden. Zudem rechtfertigt die Größenordnung des Unternehmens und der Einnahmen eine eigenständige Gesellschaft in Tirol. Auch in regionalwirtschaftlicher Hinsicht sind negative Auswirkungen durch die Fusion zu befürchten. Der SPÖ-Klubobmann im Tiroler Landtag, Walter Guggenberger, kündigte deshalb einen entsprechenden Entschließungsantrag für die Landtagssitzung im Februar 2002 an und meinte: "Ich gehe davon aus, dass sich der Tiroler Landtag mit großer Mehrheit meiner Initiative anschließen wird, nachdem sich auch Landeshauptmann Weingartner bereits gegen die Fusionspläne der Bundesregierung ausgesprochen hat."

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie folgende

ANFRAGE:

1. Welche Vorteile versprechen Sie sich von der Fusion der heimischen Straßenbaugesellschaften Asfinag, ÖSAG und ASG?
2. Was sind die zu erwartenden Nachteile einer integrierten Straßenbau- und -finanzierungsgesellschaft?
3. Wie hoch schätzen Sie den Schaden, der dem Land Tirol aus den negativen regionalwirtschaftlichen Auswirkungen der Fusion jährlich erwachsen wird?

4. Ist Ihnen die beinahe einhellige Ablehnung seitens Tirols bekannt? Wenn ja, wie stehen Sie dazu?